

Herr Neulen führt zu Beginn aus, dass er in der Sitzung am 26.08.2015 versäumt habe, die Änderung die Marktstraße betreffend, bekannt zu geben. Er bittet, dies zu entschuldigen.

Frau Sauer schlägt in Erläuterung des Antrags vor, dass die Verwaltung zukünftig bei nachträglichen bzw. zusätzlichen Standplatzvergaben alle Fraktionen dazu befragen solle. Standplatzvergaben seien durch den Ausschuss zu beschließen.

Herr Sterzenbach geht auf ein mögliches zeitintensives Procedere vergleichbar zum Vorgehen der Vergabekommission ein. Dem Grunde nach habe man für ein „gestrecktes Verfahren“ zur Einholung der Zustimmung einer Kommission keine Zeit. Demgegenüber sei die Information des Ausschusses über erfolgte Änderungen bei nächster Sitzungsgelegenheit selbstverständlich. Im vorliegenden Falle sei leider die Information versehentlich unterblieben. Hierfür könne man sich nur entschuldigen.

Die Fraktionen der CDU, SPD und der Grünen sprechen sich dafür aus, keine Änderungen an der bisherigen Praxis vorzunehmen. Man habe das Versäumnis der Verwaltung, die erfolgte Standplatzvergabe nicht bekannt gemacht zu haben, zur Kenntnis genommen und die Entschuldigung akzeptiert. Gleichwohl solle dies zukünftig jedoch nicht erneut vorkommen. Allerdings habe sich die Praxis der verwaltungsseitigen Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden bei kurzfristig vorzunehmenden Änderungen seit Jahrzehnten bewährt. Ein Bedürfnis, die kurzfristige Entscheidungsfindung in solchen Fällen zu Bürokratisieren und zu verlangsamen, werde nicht gesehen.

Herr Kappenstein, langjähriger Marktmeister, bekräftigt diese Auffassung.

Herr Sterzenbach schlägt vor, die Sachstände in Bezug auf die Standplatzvergaben künftig dem Ausschuss mitzuteilen. Durch die Neufassung der Zuteilungsverträge sei die Verwaltung in der Lage, zu den Terminen 15.03. und 15.07. Auswertungen über die Rückläufe der Schaustellerverträge zu erstellen und sodann dem Ausschuss eine Information über wirksam zustande gekommene Verträge zu erteilen. In 2016 böte sich für eine detaillierte Mitteilungsvorlage der Sitzungstermin am 31.08.2016 an.

Frau Klein erläutert das Zustandekommen des Antrages. In Unwissenheit des Sachverhaltes sei man von diversen Schaustellern auf die in Rede stehende Platzvergabe angesprochen worden. Diese Situation habe zu enormer Verärgerung geführt. Aus diesem Grunde habe man den Antrag verfasst. Letztlich müsse sichergestellt sein, dass alle wichtigen Informationen an den Ausschuss weitergeleitet werden, da man, als zuständiges Gremium auch den Schaustellern gegenüber Verantwortung trage.

Frau Sauer zieht daraufhin den Antrag zurück. Es wird sich darauf verständigt, dass die Verwaltung über sich ergebende Änderungen, wie von Herrn Sterzenbach vorgeschlagen, berichtet.